

dtv

Die erste deutsche Republik, 1918 nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ausgerufen, stand vom Beginn an unter keinem guten Stern. Die Erfahrung der Niederlage und die harten Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages waren eine schwere Hypothek. Links- wie rechtsradikale Strömungen untergruben das Vertrauen in den demokratischen Staat ebenso wie Inflation und Arbeitslosigkeit. Anschaulich schildert Horst Möller in seinem Standardwerk Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und – in neuen Kapiteln – die Kultur der Weimarer Republik. Er zeigt, daß die Erwartungen an den neuen Staat wohl zu hochgesteckt waren, die junge Demokratie jedoch erheblich mehr leistete, als unter den extremen Bedingungen der Zeit zu erwarten war.

Horst Möller, geboren 1943 in Breslau, war von 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und seit 1996 Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München. Nach der Habilitation 1978 lehrte er an der FU Berlin und der Universität München, war 1982–1989 Ordinarius an der Universität Erlangen, 1992–1996 an der Universität Regensburg, 1989–1992 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, 1986 Gastprofessor am St. Antony's College in Oxford, 1988 und 2007 an der Sorbonne, Paris, 2002–2003 am Institut d'Études politiques, Paris (chaire Alfred Grosser). Zahlreiche Buchveröffentlichungen zur deutschen und europäischen Geschichte der Neuzeit.

Horst Möller

Die Weimarer Republik

Eine unvollendete Demokratie

Deutscher Taschenbuch Verlag

Die Originalausgabe mit dem Titel ›Weimar. Die unvollendete Demokratie‹ erschien 1985 (6. Aufl. 1997) in der Reihe ›Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart‹, herausgegeben von Martin Broszat, Wolfgang Benz und Hermann Graml in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte, München.

**Ausführliche Informationen über
unsere Autoren und Bücher
finden Sie auf unserer Website
www.dtv.de**



Originalausgabe 1985
7., erweiterte und aktualisierte Neuauflage 2004
10. Auflage 2012
© Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,
München
Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.
Umschlagkonzept: Balk & Brumshagen
Umschlagbild: SVT Bild/Das Fotoarchiv
Gesetzt aus der Garamond 9,5/11,25
Gesamtherstellung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany · ISBN 978-3-423-34059-5

Inhalt

Das Thema	7
I. Zwei Reichspräsidenten – Chance und Scheitern	
Friedrich Ebert: Sozialdemokrat in Kaiserreich, Revolution und Republik	11
Paul von Hindenburg: Feldmarschall der Monarchie, Präsident der Republik	60
II. Entstehung und Bewährungsproben der Weimarer Republik 1919–1930	
1. Die Bürger wählen, aber die Revolution geht weiter	83
2. Parteien im Wandel	93
3. Die Nationalversammlung und ihr Werk 1919/20	116
Verfassungsgebung, Regierungsbildung, Gesetzgebung	
116 · Friedensschluß: Der Vertrag von Versailles	140
4. Krisenjahre der Republik 1920–1923/24	146
5. Das beste Jahrzehnt 1924–1929	172
6. »Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, aber wo geht sie hin?« – Verfassungsordnung in der Praxis 1920–1930 ...	181
Grundlagen 181 · Verfassungs- oder Staatstreue? Das Beispiel der Justiz 184 · Zwischen parlamentarischem und Präsidialsystem – ein fragwürdiger Kompromiß	191
III. Krisensymptome und Auflösung der Weimarer Republik	
1. Demokratische Republik oder was sonst?	216
2. Gesellschaft im Wandel	218
3. Kultur, Gesellschaft und Politik in der Weimarer Republik	230
4. Intellektuelle und Politik während der Weimarer Republik	246
5. Das Ende der Weimarer Demokratie und die nationalsozialistische Revolution 1933/1934	253

Nachbemerkung zur Neuauflage	286
Quellen und Literatur	287
Zeittafel	321
Übersichten	326
Personenregister	333

Das Thema

»Wir haben *den Krieg verloren*. Diese Tatsache ist keine Folge der *Revolution*.« Kein Zweifel, diese Feststellungen des Volksbeauftragten Friedrich Ebert in der Eröffnungssitzung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919¹ trafen zu. Kein Zweifel aber auch, daß ein erheblicher Teil des deutschen Volkes nicht bereit war, diese Tatsachen anzuerkennen. »Sehr wahr! links. – Lebhafter Widerspruch rechts« – die Protokollnotiz charakterisiert die Situation, die Fronten waren klar. Die Republik aber war, ob sie wollte oder nicht, aus Kriegsniederlage und Revolution geboren, diese Erbschaft konnte sie nicht ausschlagen.

Schon der Versammlungsort der am 19. Januar 1919 nach allgemeinem, gleichem und geheimem Wahlrecht gewählten Verfassungsgebenden Nationalversammlung ist symbolisch: das Nationaltheater im idyllischen thüringischen Städtchen Weimar, untrennbar verbunden mit einem Höhepunkt deutscher Kultur. Hier hatte deutscher Geist sich am weitesten über das Elend deutscher Politik erhoben.

Weimar – nicht Berlin: Gewiß war es kein Zeichen von Stärke, die Verfassungsberatungen aus der revolutionär erregten Millionenstadt, der preußischen Reichshauptstadt, dem Sitz von Reichstag, Reichsregierung und Staatenausschuß, in die Provinz zu verlegen. Auch noch im Januar 1919 standen alle genannten Institutionen zur Disposition, die während trüber Novembertage 1918 spontan aufflammende Revolution war noch nicht beendet. Zwar waren ihre Weichen in Richtung auf eine demokratische Republik gestellt, doch war diese Weichenstellung links wie rechts umstritten, die Nation zerrissener denn je. Die Reichshauptstadt war voller ausgemergelter, verstümmelter Soldaten, ein Millionenheer von Hungernden, Arbeitslosen, Unzufriedenen bevölkerte die deutschen Städte.

¹ Eduard Heilfron (Hrsg.), Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. Bd. 1, Berlin 1920, S. 4.

Welch ein Gegensatz zu jenen fieberheißen Augusttagen des Jahres 1914, als das deutsche Volk sich einig wie nie im Taumel der Kriegsbegeisterung verlor! Nur wenige standen damals abseits, Linke zumeist, Pazifisten allemal. »Ich kenne keine Partei mehr, ich kenne nur Deutsche!« hatte der preußische König und deutsche Kaiser Wilhelm II. damals ausgerufen, und alle kamen, auch die als »vaterlandslose Gesellen« diskriminierten Sozialdemokraten. Auch sie waren wie die meisten Deutschen überzeugt, es handele sich um einen Deutschland aufgezwungenen Verteidigungskrieg und stimmten am 4. August 1914 im Reichstag geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite, bis es seit 1915 über diese Frage zu einer Spaltung der SPD-Reichstagsfraktion kam und nur noch der Mehrheitsflügel bei dieser Linie blieb. Tatsächlich aber ging es im August 1914 führenden Staatsmännern und politisch einflußreichen Gruppen keineswegs nur um Verteidigung, sondern um zum Teil weitreichende Kriegsziele, die in den Kontext des europäischen Vorkriegsimperialismus und des Hegemonialstrebens des Deutschen Reiches gehören: Doch blieb diese Erkenntnis auch nach Ende des Krieges den Deutschen noch weitgehend verschlossen. Darum war die Empörung über den Kriegsschuldartikel des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland – wenn auch aus durchsichtigen nationalistischen Gründen – die Alleinschuld am Weltkrieg zumaß, so groß.

Die vom 6. Februar 1919 bis zum 21. Mai 1920 tagende Weimarer Nationalversammlung stand von Beginn an vor der Notwendigkeit, mit Problemen der jüngsten deutschen Vergangenheit fertig zu werden. Zu ihren Hauptaufgaben zählte nicht nur Beratung und Beschluß einer neuen Verfassung, sondern auch die Ratifizierung des dem Deutschen Reich von den Siegern aufgezwungenen Friedensvertrages von Versailles, der umfangreiche Gebietsabtretungen, finanzielle Reparationsleistungen sowie eine Reihe völkerrechtlicher Diskriminierungen enthielt.

Die Weimarer Republik ist bis zu ihrem Ende mit der Abtragung dieser existenzbedrohenden kriegsbedingten Hypotheken beschäftigt gewesen. Die Geschichte der Weimarer Republik könnte also ausschließlich unter dem Aspekt ihrer Vorbelastungen und Schwäche geschrieben werden. Aber ist eine so verengte Optik historisch angemessen, ist sie gerecht? Oder sollte nicht vielmehr auch die

Leistung dieses Staates, der erste Versuch einer deutschen Demokratiegründung unter denkbar ungünstigen Umständen gewürdigt werden? Kein Zweifel, die Chancen der demokratischen Republik waren von Beginn an gering, doch war sie nicht zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.

Die Geschichte von Weimar ist ein Thema, welches ohne das Wissen der Nachlebenden vom Scheitern dieser Republik zwischen Monarchie und nationalsozialistischer Diktatur und um die Folgen dieses Scheiterns nicht darstellbar ist. Sie ist also auch ein Lehrstück deutscher Zeitgeschichte, ein Lehrstück politischer Bildung von ungebrochener Aktualität über Möglichkeit und Gefährdung einer Demokratie. Von melancholisch stimmender Ambivalenz ist die Geschichte der Republik beherrscht. Und so stehen im Mittelpunkt der folgenden Darstellung Entstehung und Bewährungsproben des verfassungspolitischen Systems im Zusammenhang von Gesellschaft, Wirtschaft, Außenpolitik und Kultur in der Kernzeit der Republik von 1919 bis 1930 sowie ihre Auflösung 1930 bis 1933.

I. Zwei Reichspräsidenten – Chance und Scheitern

Zwei Reichspräsidenten hatte die Republik, Friedrich Ebert und Paul von Beneckendorff und von Hindenburg. Verkörpert der eine die Chance der Republik, so der andere ihr Scheitern.

Friedrich Ebert

Sozialdemokrat in Kaiserreich, Revolution und Republik

Als Sohn eines Schneidermeisters wurde Friedrich Ebert im Jahr der Bismarckschen Reichsgründung 1871 geboren. Er entstammte einer konfessionell gemischten Ehe, wurde aber katholisch erzogen. Der junge Ebert lernte das Sattlerhandwerk, ließ sich nach Wanderjahren 1891 in der Hansestadt Bremen nieder und wurde Gastwirt. Seit 1893 stand er in den Diensten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: als Arbeitersekretär, Redakteur und schließlich als Sekretär des Parteivorstands der SPD. Wegen dieses Amtes übersiedelte er 1905 in die Reichshauptstadt und widmete sich ausschließlich der Parteiarbeit.

Eberts intensive Beratung von Arbeitern, beispielsweise in Fragen der Sozialversicherung, provozierte immer wieder den Unmut seiner Arbeitgeber. Entlassung folgte auf Entlassung. Aber auch in seinen unsteten frühen Jahren war Ebert kaum zu irritieren – er wollte den Menschen helfen, und er half ihnen, ganz gleich, welche Widerstände er damit heraufbeschwor. Sein ständiger Stellenwechsel war also keineswegs Folge eines unruhigen, vagabundierenden Charakters. Vielmehr hatte er während seiner Sattlerlehre Ungerechtigkeit im Arbeitsleben erfahren, und von da an kämpfte er für die Rechte der Arbeiter. Das war zunächst noch nicht Parteiarbeit, sondern Gewerkschaftsarbeit, die ihn nicht wenige materielle Opfer kostete; oft genug stand er beruflich vor dem Nichts. Erst als Redakteur der ›Bremer Bürgerzeitung‹, wie paradoxerweise die Zeitung der Bremer Sozialdemokraten hieß, gewann er, nach dem Fehlschlag einer von ihm organisierten Genossenschaftsbäckerei, Boden unter den Füßen;

endlich konnte er seine sozialpolitische Arbeit verbinden mit dem Erwerb des Lebensunterhalts. Nun erhielt er 25 Mark Wochenlohn, aber das reichte nicht aus zu wirtschaftlicher Selbständigkeit, zur Gründung einer Familie. Und so wurde Friedrich Ebert auf Drängen seiner künftigen Frau Luise Rump – die Hochzeit fand am 9. Mai 1894 statt – Gastwirt.

Das war ein Beruf, der ihm eigentlich nicht besonders lag, hatte er doch keine Neigung, mit seinen Gästen zu trinken, kaum Neigung auch zu zwang- und zweckloser Geselligkeit. Trotzdem wurde seine Gastwirtschaft in Bremen bald zu einem Zentrum sozialpolitischer Arbeit für Gewerkschaft und Partei. Bei sozialdemokratischen Arbeitern sprach es sich schnell herum, daß der Wirt ein stets hilfsbereiter und rechtskundiger Berater seiner Gäste war. Ohne diese Bezeichnung zu führen, entstand hier eine Art »Arbeitersekretariat« – ein Indiz für den praktischen Sinn Eberts und seine Neigung zur Organisation von Selbsthilfe für die Arbeiter. Eine solche Tätigkeit interessierte ihn schon damals mehr als marxistische Theorie. Zwar hatte auch er, wie viele aufstrebende junge Parteigenossen, seinen Karl Marx gelesen, bildungsbeflissen dessen schwieriges Hauptwerk ›Das Kapital‹ durchgearbeitet, aber zum Marxisten in streng ideologischem Sinn war er dadurch kaum geworden. Schließlich war für die konkrete, hier und heute zu leistende Gewerkschaftsarbeit, um die es ihm zu tun war, mit dem nationalökonomisch-philosophischen Buch auch nicht viel anzufangen. Der gedungen wirkende, kräftig gebaute kurzhackige Mann mit dem mächtigen Kopf stand eben mit beiden Beinen auf der Erde.

Und das blieb auch so, als er allmählich über seinen sozialpolitischen Wirkungskreis hinauswuchs und erst zu lokaler, dann zu überregionaler politischer Tätigkeit gelangte. Nie hat er sich durch aufdringlichen Ehrgeiz hervorgetan. Friedrich Ebert war ein Mann, der unter keinem erkennbaren, durch kleinbürgerliche Herkunft bedingten Aufstiegs-trauma litt, obwohl ihm die ersehnte Gymnasial- und Universitätsbildung verschlossen geblieben war; ein Mann, der sich in ungezählten Stunden autodidaktisch das notwendige Wissen erarbeitet hatte und dessen politisches Augenmaß zweifellos dem der meisten seiner akademisch gebildeten Zeitgenossen weit überlegen war; ein Mann schließlich, dem für seine Überzeugungen kein persönliches Opfer zu

groß war, der Mut und Verantwortungsbereitschaft besaß und all seine hohen Ämter mit natürlicher Würde und mit Takt ausübte.

Parlamentarische Erfahrung hatte er bereits seit 1900 als Mitglied der Bremer Bürgerschaft gesammelt, bevor er beim großen Wahlerfolg seiner Partei im Jahre 1912 in den Reichstag einzog. Damals hatte die SPD, trotz der ungerechten und sie benachteiligenden Wahlkreiseinteilung, 27,7 Prozent der Mandate erreicht und war damit zur weitaus stärksten Partei geworden: wegen des konstitutionellen Regierungsystems und der Parteienkonstellation im Reichstag half ihr das jedoch nicht. Doch stärkte der gegenüber der vorhergehenden Reichstagswahl von 1907 erzielte extreme Zugewinn von 16,9 Prozent bei Ebert und seinen Freunden die Überzeugung, die Partei werde früher oder später auf evolutionär-parlamentarischem Wege ihre Ziele erreichen, zumal wenn es ihr gelänge, das Wahlsystem zu reformieren. Verhältniswahlssystem zur echten Repräsentation des Volkswillens wurde so zu einem Credo der Partei – aus Überzeugung und aus politischem Interesse¹.

Als Gegner der Parteilinken, die zum Teil Anhänger des politischen Massenstreiks waren, wurde Friedrich Ebert einer der beiden Nachfolger des schon legendären Parteivorsitzenden August Bebel. Ebert, ein ausgleichender und undoktrinärer Kopf, wurde neben dem intellektuelleren, eher zum linken Parteiflügel tendierenden Rechtsanwalt Hugo Haase 1913 auf dem Parteitag der SPD in Jena zum Mitvorsitzenden gewählt. Haase erhielt von 473 abgegebenen Delegiertenstimmen 467, Ebert 433².

Nach dem sich 1915/16 verschärfenden Dissens innerhalb der SPD-Fraktion über die Bewilligung der Kriegskredite, gegen die der Minderheitenflügel um den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase gestimmt hatte, wurde Ebert am 11. Januar 1916 als Haases Nachfolger zu einem der drei Fraktionsvorsitzenden gewählt; am 14. Juni 1918 schließlich wurde er Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstags, der Nationalliberale Gustav Stresemann sein

¹ Vgl. Eberts Reichstagsrede v. 22. 10. 1918. In: Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Bd. 2, Dresden 1926, S. 85 f.

² Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913. Berlin 1913, S. 549.

Stellvertreter. In das Oktoberkabinett des Prinzen Max von Baden 1918 war Ebert selbst nicht eingetreten, hatte aber die Regierungsbeteiligung in einer großen Reichstagsrede vom 22. Oktober begründet: »Es wäre für uns gewiß bequemer gewesen, draußen zu stehen und unsere Hände in Unschuld zu waschen ... Wir sind in die Regierung hineingegangen, weil es heute um das ganze deutsche Volk, um seine Zukunft, um Sein oder Nichtsein geht ... Wir wissen, was wir mit unserem Schritt gewagt haben.«³

Der erfahrene Parlamentarier und Parteifunktionär wußte nur zu gut, welches Erbe die Sozialdemokraten anzutreten sich anschickten, hatte er doch seine Rede mit dem Hinweis darauf begonnen, eine nüchterne Prüfung der militärischen und politischen Lage müsse die neue Regierung dazu führen, ein Waffenstillstandsgesuch abzusen- den, hatte er doch bereits hier prophylaktisch die »demagogische Verlogenheit« zurückgewiesen, daß die Demokratie auf Kosten deutscher Interessen zur Macht gelange⁴.

Dies war Eberts letzte Rede im alten, 1912 gewählten Reichstag des Kaiserreichs. In ihr skizzierte Ebert sowohl die künftige Situation Deutschlands im internationalen Kräftefeld angesichts der unabwendbaren Niederlage als auch die innenpolitische Perspektive nach dem bevorstehenden Kriegsende. Von den »englischen und französischen Chauvinisten und Imperialisten« erwartete er nichts Gutes, um so mehr versuchte er den amerikanischen Präsidenten Wilson, unter Berufung auf dessen 14-Punkte-Programm, auf einen gerechten Frieden ohne Demütigung des niedergerungenen Gegners zu verpflichten; Ebert vermied in seiner Rede das Wort »Feind«. Er appellierte an Wilson, für einen Frieden einzutreten, der »keinen Rachegeist, keinen Revanchegedanken zurückläßt«. Ebert schlug einen Völkerbund vor, der notfalls mit Machtmitteln garantiere, daß »an Stelle der Gewalt das Recht« ins Völkerleben trete. Er bedauerte, daß die Deutschen während des Krieges das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker angetastet hatten, und bemängelte, daß die Demokratie in Deutschland erst in dem Augenblick realisiert werde, in dem sich der »militärische Vorteil auf Seiten unserer Gegner« zeige.

³ Ebert, Schriften, Bd. 2, S. 90 f.

⁴ Ebd., S. 72.

Die mit der Oktoberregierung des Prinzen Max eingeleitete Entwicklung sah Ebert als Wendepunkt in der deutschen Geschichte: »Es ist der Geburtstag der deutschen Demokratie ... Im alten Deutschland waren ganze Klassen, Nationen und Konfessionen von der schaffenden Mitwirkung im Staate nahezu vollständig ausgeschlossen ... Für Volk und Reich ist die Demokratisierung zur Lebensnotwendigkeit geworden. Hier gilt das bekannte Wort: Wenn die Völker fortschreiten und die Verfassungen stillstehen, kommen die Revolutionen. Die besitzenden Klassen Deutschlands können froh sein, wenn der deutsche Volksstaat sich im Wege der politischen Entwicklung durchsetzt. Blicken Sie nach Rußland, und Sie sind gewarnt!«⁵

Der Kernpunkt des von Ebert so bezeichneten »Systemwechsels von großer Tragweite« lag in der Institutionalisierung des Prinzips der Volkssouveränität. Die Parlamentarisierung der Reichsleitung, die mit der neuen Regierungsbildung faktisch, wenngleich noch nicht staatsrechtlich, akzeptiert worden war, bedeutete für Ebert den ersten Schritt in Richtung auf eine Staatsform, in der »das Volk durch seine frei gewählten Vertreter seine Zukunft gestalten« sollte.

Von Sozialismus war in dieser Rede Eberts wenig zu spüren; zwar ließ er das sozialdemokratische Fernziel einer »Aufhebung der Klassengegensätze« und der »Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung« anklingen, sah aber als Nahziel eine Demokratisierung der Verfassung im Rahmen der »bestehenden Wirtschaftsordnung« an.

Auch die von ihm anvisierten Verfassungsänderungen erwuchsen aus der politischen Erfahrung der letzten Jahre, nicht einer Reißbrettkonstruktion. Er prangerte das »persönliche Regiment« des Monarchen ebenso an wie die »ganz absolutistische Stellung des Großen Generalstabs, der verfassungsmäßig weder dem Reichskanzler noch dem Reichstage verantwortlich ist«. Zweifellos traf er damit einen neuralgischen Punkt der unter dem Einfluß des Krieges modifizierten Reichsverfassung. Ebert verlangte eine umfassende Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Reichsminister gegenüber dem Reichstag und eine Unterordnung der militärischen Führung unter die politische. Der Frage der Demokratisierung von Wahlrecht

⁵ Ebd., S. 76.

und Regierungssystem Preußens widmete Ebert besondere Aufmerksamkeit. Auffällig ist, wie eindeutig er Preußen von der heftig kritisierten preußischen Führungsschicht trennte und die Überlebensfähigkeit des deutschen Hegemonialstaats von seinem Modernisierungspotential abhängig sah.

Eberts Reichstagsrede ließ analytischen Scharfsinn und programmatischen Anspruch erkennen, sie bestach nicht durch Rhetorik, sondern durch Augenmaß und Nüchternheit. Sie enthielt scharfe Kritik, riß aber für Einsichtige und Reformwillige keine unüberwindlichen Gräben auf, da er bei aller Härte in der Sache moderat im Ton blieb, die Rede eines Mannes – auch das muß hier gesagt werden –, den der Krieg schreckliche Opfer gekostet hatte: Zwei seiner Söhne starben auf dem Schlachtfeld. Trotzdem ließ er sich durch persönlichen Schmerz nicht zum unversöhnlichen Haß gegenüber denjenigen hinreißen, die zweifelsfrei Mitverantwortung an diesem Krieg trugen. Ein Mann, für den patriotische Loyalität keine Phrase war, ein Mann, der Phrasen nicht mochte. Er mochte auch keine Demagogie, so wenig er die Unordnung vertrug, in der sie am besten gedeiht. Zur sozialen Demokratie, aber in geordneten Reihen – so lautete sein Programm.

Was eigentlich hätte den Deutschen in diesen verwirrten, aufgeregten Zeitläufen von Kriegsniederlage und Revolution Besseres widerfahren können als dieser Friedrich Ebert? Haben die Deutschen gewußt, welches Kapital ein solch besonnener Mann mit klarem Blick für das Notwendige und Sinn für das Machbare bedeutete? Vieles, allzu vieles spricht dafür, daß nur eine Minderheit dies erkannt hat. Theodor Heuss sagte in einer Gedenkrede über Eberts Tod: »Als vor einem Vierteljahrhundert der vierundfünfzigjährige Mann starb, da spürte die Nation in einem jähen Erschrecken, mancher auch in Scham, was die Nation an ihm besessen hatte, um freilich diese Einsicht bald genug wieder zu vergessen. Es soll und darf nicht vergessen werden.«⁶

Was hatte eine große Zahl von Deutschen gegen diesen Friedrich Ebert einzuwenden? »Der akademischen Weihe nicht teilhaftig, die auch im kaiserlichen Deutschland die Tore in die obere Gesellschaft

⁶ Theodor Heuss, Die großen Reden. München 1967, S. 119 (28. 2. 1950).

öffnete, konnte ... Ebert nicht mehr als ein einzelner emporsteigen, sondern nur noch in seiner Klasse und durch seine Klasse«, bemerkte ein Ebert-Biograph⁷. Und hier liegt wohl ein Schlüssel zum Verständnis für das Verhältnis der Deutschen zu ihrem ersten Reichspräsidenten. Wäre sein Aufstieg über die üblichen Wege erfolgt, die in der Gesellschaft des Kaiserreichs möglich waren, weil sie innerhalb derjenigen gesellschaftlichen Normen verliefen, die die soziale Herkunft sekundär werden ließen, etwa über die akademische Bildung, wäre wohl auch ein Friedrich Ebert akzeptiert worden, wie Gustav Stresemann akzeptiert wurde. Allerdings hätte dies eine politische Orientierung im Rahmen des konservativ-liberalen Parteienspektrums vorausgesetzt. Ebert aber war in den Augen der Gesellschaft nicht als Individuum, sondern als Typus emporgekommen, über Partei und Gewerkschaft. Er war Exponent sozialer Schichten und politischer Organisationsformen, die im Kaiserreich nichts galten oder doch Außenseiter blieben.

Beständig und willensstark wie Ebert war, konnte es kaum zweifelhaft sein, welchen Kurs der geschickte Taktierer steuern würde, als er seit dem 9. November 1918 vor der Alternative stand, die Radikalisierung der Revolution zuzulassen oder auf ihre schnelle Beendigung durch Begründung einer parlamentarischen und demokratischen Republik hinzuwirken. Durch sein Handeln bezog Ebert Stellung in dem die SPD charakterisierenden Zwiespalt zwischen programmatischem Sozialismus und pragmatischem Reformismus – ohne je dieses Problem durch prinzipielle Reflexion lösen zu können oder auch nur lösen zu wollen. Man mag darin Eberts Grenze sehen, erwies sich der Parteivorsitzende doch auch hier als Praktiker und Pragmatiker. Tatsächlich hat er die Partei unbeirrt geführt, ideologisch beherrscht aber hat er sie nie. Eberts Aufstieg in der SPD stand unter dem Zeichen eines zunehmenden Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis der Sozialdemokratie, und doch sah es so aus, als berühre ihn diese Problematik kaum, denn er war stets ein Mann der Praxis. Er teilte weder die Ängste noch die weitreichenden

⁷ Michael Freund, Friedrich Ebert. In: Hermann Heimpel, Theodor Heuss, Benno Reifenberg (Hrsg.), Die großen Deutschen. Bd. 4, 2. Aufl. Berlin 1961, S. 421.

geschichtsphilosophisch begründeten Hoffnungen der Sozialdemokratie, hatte weder das Trauma der Bismarckschen Sozialistengesetze noch die marxistisch gefärbten Zukunftserwartungen.

Ebert war unverkennbar ein Mann der zweiten Generation, zwar ein loyaler Mitarbeiter August Bebels, aber ideologisch bereits weit von ihm entfernt. Als der ältere Parteigenosse Hermann Molkenbuhr Ebert 1905 in sein neues Amt als Sekretär des Parteivorstands einführte, packte ihn Entsetzen, wollte der junge Mann doch allen Ernstes Schreibmaschine und Telefon anschaffen. Wußte der junge Genosse denn nichts von den Verfolgungen, an die sich ältere Parteigenossen nur zu gut erinnerten, war er nicht in der Lage, konspirativ zu denken? Nun war das am 21. Oktober 1878 erstmals erlassene Reichsgesetz »wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« nach dem 30. September 1890 nicht mehr verlängert worden – und das war immerhin eineinhalb Jahrzehnte her. Trotzdem dachte die zum Teil überalterte Parteiführung zu dieser Zeit noch kaum an aktive Einflußnahme auf die Staatsgeschäfte zum Zwecke allmählicher Demokratisierung und konnte realistischerweise auch noch nicht daran denken. Doch wurde dies immer mehr die Perspektive Eberts, wenngleich auch er sich kaum der Einsicht entziehen konnte, die SPD stehe in einem gefährdeten Abseits: Am 30. Juli 1914 beschloß der Parteivorstand, Ebert und Otto Braun mit der Parteikasse in die Schweiz zu schicken, damit die Partei, wenn sie bei Kriegsausbruch in Deutschland verboten werden sollte, aus der Emigration weitergeführt werden könnte. Die Vorsichtsmaßnahme erwies sich als überflüssig, Friedrich Ebert kehrte schon nach wenigen Tagen zurück, die SPD stimmte der Bewilligung der Kriegskredite zu.

Solche Vorsicht stammte aus historischer Erfahrung und zeigte die aus ihr resultierenden Ängste der Sozialdemokraten, zeigte auch, wie fundamental sich die Situation 1918 veränderte: Die Partei, die nahezu ein halbes Jahrhundert Oppositionspartei gewesen und zeitweilig in die Illegalität getrieben worden war, wurde nun plötzlich zur Regierungspartei – im Gefolge einer Revolution, die nicht ins theoretische Konzept paßte und die man nur zögernd akzeptierte. War es verwunderlich, daß die SPD die Regierungsverantwortung während der Weimarer Republik oft nur halbherzig mittrug? Auch

hier bedeutete Ebert eine Chance, zählte er doch zu den wenigen zur Regierung befähigten und die Regierungsbeteiligung der SPD bejahenden Sozialdemokraten. Zudem vermittelte er der sozialen Basis der Partei eine weite Perspektive: Er konnte die Arbeiterschaft aus dem politischen Getto führen, in dem sie seit Jahrzehnten lebte, er war ein Symbol für die Möglichkeit politischen Aufstiegs ohne Verleugnung der Herkunft.

Ebert personifizierte die von Max Weber so genannte Verantwortungsethik, er übernahm diese schwere politische Rolle, obwohl er wußte, daß sie persönlich und politisch Opfer kosten würde. Den Zwiespalt der Partei zwischen der reinen sozialistischen Lehre und praktischer, Kompromisse und Koalitionen erfordernder Politik zur Meisterung der Staatskrise mußte er in seiner Person ertragen, und er ertrug ihn. Wäre er der Programmatiker gewesen, den man zuweilen an ihm vermißt, er hätte diesen Weg nicht gehen können. Sicher fehlte es ihm an Brillanz und Glanz, aber auch darin war er typisch für die Partei, die er vertrat. Tatkraft, Willensstärke, Besonnenheit, ein klares Konzept, ein Ziel – auf diese Eigenschaften kam es im Winter 1918/1919 an, und Friedrich Ebert besaß sie.

Geheimrat von Schlieben stürzte bleich ins Vorzimmer des Reichskanzlers Prinz Max von Baden: »Die Revolution marschiert. Die Massen sind von Norden her von den Borsigwerken nach dem Stadtinnern zu in Bewegung und haben soeben fast kampflos die Kaserne der Garde-Füsiliere besetzt.« Das war um 10 Uhr 30 am 9. November 1918, einem Samstag⁸. Pausenlos war in den letzten Tagen und Stunden beraten worden: Wie kann der Ausbruch der Revolution auch in der Reichshauptstadt vermieden werden? Die Lage war äußerst brenzlich, dieses Mal würde es so glimpflich nicht abgehen wie beim politischen Massenstreik Ende Januar/Anfang Februar 1918, an dem zwar in Berlin rund 300 000, im Ruhrgebiet rund 500 000 Arbeiter teilnahmen, der aber von der SPD nicht gewollt wurde und über dessen Form auch in der USPD Uneinigkeit bestand. Damals hatte das Streikprogramm der Berliner Arbeiterräte zwar

⁸ Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearb. v. Erich Matthias und Rudolf Morsej. Düsseldorf 1962, S. 619.

durchgehende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen und das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre in Preußen gefordert, nicht aber die Republikanisierung oder den Thronverzicht des Kaisers. Damals waren die Sozialdemokraten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun in die Streikleitung eingetreten, um die Führung der Massen nicht den Linksradikalen zu überlassen, obwohl sie den Massenstreik als politisches Kampfmittel ablehnten.

Nun, im November, stand alles auf dem Spiel: Das Heer der Unzufriedenen war um ein Vielfaches größer, die USPD eindeutig für die Revolution, die in mehreren Städten des Reiches bereits ausgebrochen war.

Am 30. Oktober verhinderten Matrosen das – militärisch sinnlose und ohne Absprache mit der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung angeordnete – Auslaufen der Hochseeflotte und setzten damit ein unübersehbares Signal. Nur wenige Tage später ergriff die Matrosenmeuterei Kiel, am 4. November war die Hafenstadt in der Hand von Arbeiter- und Soldatenräten. Am 7. November verschärfte die Mehrheitssozialdemokraten, die seit dem 4. Oktober in der Reichsregierung des Prinzen Max von Baden vertreten waren, ultimativ ihre Forderung nach Thronverzicht des Kaisers. Nur so glaubte die Parteiführung um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann die revolutionäre Bewegung steuern zu können: Die allgemeine Stimmung im Volke sehe im Kaiser den Schuldigen, ob mit Recht oder mit Unrecht, sei jetzt gleichgültig, hatte der Parteivorsitzende Ebert am 6. November dem Vertreter der Obersten Heeresleitung, General Groener, erklärt⁹. Am 7./8. November begann die Revolution in München, der Linksozialist Kurt Eisner rief die Republik aus, König Ludwig III. entfloh mit unbekanntem Ziel, am 8. November unterzeichnete der Herzog von Braunschweig für sich und seine Nachkommen den Thronverzicht. Die Ereignisse überstürzten sich.

Alle dem Interfraktionellen Ausschuß des Reichstags und dem Kriegskabinett angehörenden Mitglieder der Mehrheitsparteien – Nationalliberale, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei – waren sich in dieser Situation mit ihren sozialdemokratischen Kollegen

⁹ Ebd., S. 560.